

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Krieg treibt Energiepreise: Hohe Inflation belastet Konjunktur

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2022) : Krieg treibt Energiepreise: Hohe Inflation belastet Konjunktur, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 10, Iss. 2, pp. 36-65

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/261342>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

2/2022

21. Juni 2022, 10. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 36**

Krieg treibt Energiepreise – Hohe Inflation belastet Konjunktur

Die Weltwirtschaft ist auch im Sommerhalbjahr verschiedenen schweren Belastungen ausgesetzt, die die Preise stark steigen lassen. Produktionsstilllegungen im Zuge der chinesischen Null-Covid-Strategie und der Angriff gegen die Ukraine heizen die Inflation weltweit an. Auch in Deutschland wird die konjunkturelle Entwicklung durch die mit dem Krieg verbundenen Preissteigerungen sowie unterbrochene Lieferketten schwer belastet. Die konjunkturellen Aussichten für den Sommer sind trüb. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2022 um 1,5% zunehmen. In Ostdeutschland liegt der Zuwachs bei 1%.

Konjunktur aktuell: Krieg treibt Energiepreise – Hohe Inflation belastet Konjunktur

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die weltwirtschaftliche Erholung verlief bereits zu Beginn des Jahres gedämpft, und auch im Sommerhalbjahr ist die Weltwirtschaft verschiedenen schweren Belastungen ausgesetzt, die die Preise stark steigen lassen. Erneute Produktionsstilllegungen im Zuge der chinesischen Null-Covid-Strategie dürften Knappheiten bei Industriegütern temporär verschärfen und so die Inflation weltweit anheizen. Zudem wirkt der Krieg in der Ukraine inflationär, weil er zu Sorgen um das Angebot wichtiger Rohstoffe geführt hat. Der Anstieg der Rohstoffpreise führt zu Realeinkommensverlusten und belastet die Güternachfrage.

In Deutschland sind die konjunkturellen Aussichten für den Sommer trüb: Zwar wurden die bundesweiten Corona-Regelungen im März weitgehend aufgehoben, was einigen Dienstleistungsbranchen wie dem Gastgewerbe Schwung geben wird. Allerdings ist die Konsumentenstimmung mit dem Kriegsbeginn in der Ukraine eingebrochen, und die Inflationsrate erreichte im Mai 2022 einen Rekordwert von 7,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dies dürfte insbesondere den privaten Konsum stark dämpfen. Im Jahresverlauf 2022 setzt sich der Aufbau der Erwerbstätigkeit zunächst verlangsamt fort. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, aufgrund der kräftigen Mindestloohnerhöhungen aber deutlich langsamer als zuvor. Das öffentliche Finanzierungsdefizit dürfte sich im laufenden Jahr verringern, weil die gesamtstaatlichen Einnahmen deutlich stärker expandieren dürften als die Ausgaben. Zwar nehmen die öffentlichen Investitionen spürbar zu, die Subventionen und die geleisteten Vermögenstransfers gehen mit dem Auslaufen der coronabedingten Stützungsmaßnahmen jedoch zurück.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2020 bis 2023

	2020	2021	2022	2023
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-4,6	2,9	1,5	2,0
<i>darunter: Ostdeutschland¹</i>	-3,8	2,3	1,0	1,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	-4,9	1,7	0,8	1,0
Tariflöhne je Stunde	2,2	1,3	2,8	3,1
Effektivlöhne je Stunde	3,3	2,1	5,2	3,8
Lohnstückkosten ²	3,4	0,9	4,1	3,0
Verbraucherpreisindex	0,5	3,1	7,2	4,3
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 898	44 918	45 530	45 687
Arbeitslose ³	2 695	2 613	2 287	2 246
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,9	5,7	5,0	4,9
<i>darunter: Ostdeutschland¹</i>	7,3	7,1	6,6	6,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-1,8	-0,6
Leistungsbilanzsaldo	7,1	7,4	5,1	5,7

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

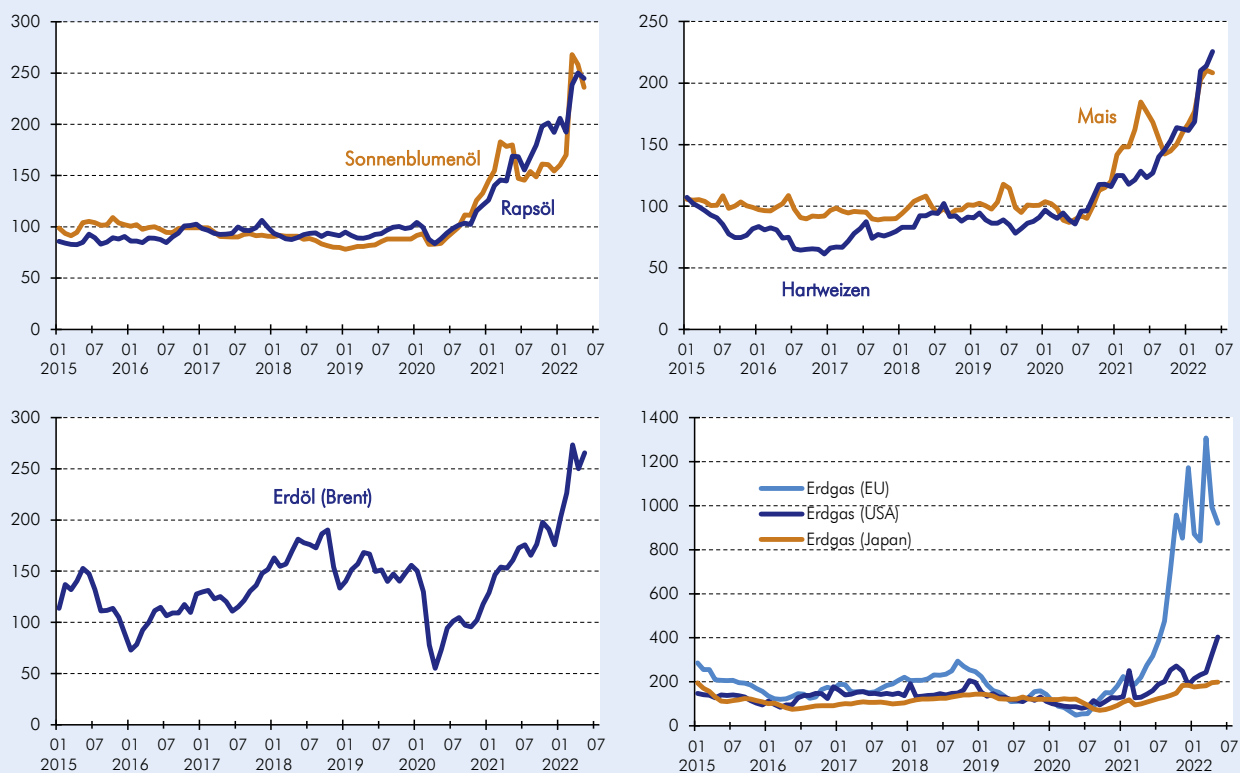
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2023: Prognose des IWH (Stand: 20.06.2022).

* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Sardone, Alessandro; Scherer, Jan-Christoph; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz.

Weltwirtschaft nahe an der Stagflation

Im Sommer 2022 ist die Weltwirtschaft verschiedenen **schweren Belastungen** ausgesetzt. Der Krieg in der Ukraine steht dabei aus europäischer Sicht im Vordergrund, in China ist es die Pandemie und in den USA die hohe Inflation. Stark steigende Preise sind allerdings ein weltweites Phänomen, dessen Ursachen nicht zuletzt in Pandemie und Krieg liegen. Die Pandemie hat die Inflation schon seit vergangenem Sommer getrieben, weil sie einerseits Teile des Angebots von Gütern und Dienstleistungen blockiert hat und andererseits staatliche Krisenprogramme zur Stützung der privaten Einkommen die Nachfrage befeuert haben. Aktuell dürften erneute Produktionsstilllegungen im Zuge der chinesischen Null-Covid-Strategie Knappheiten bei Industriegütern verschärfen und so die Inflation weltweit anheizen. Zudem wirkt der Krieg in der Ukraine inflationär, weil er zu Sorgen um das Angebot wichtiger Rohstoffe geführt hat (vgl. Abbildung 1). So wird der Anfang Juni von der Europäischen Union verabschiedete Teil-Boycott russischen Erdöls dazu führen, dass Russland in den kommenden Quartalen deutlich weniger Öl exportieren kann. Der Preis für Erdöl (Sorte Brent) ist Anfang Juni auf 117 US-Dollar pro Barrel gestiegen, er liegt damit um 60% höher als vor Jahresfrist, in Euro gerechnet gar um 80%. Zudem besteht das Risiko, dass die Kriegshandlungen und die Blockade ukrainischer Häfen das Angebot an Getreide und pflanzlichen Ölen auf dem Weltmarkt deutlich reduzieren. Unter den Preisanstiegen für Nahrungsmittel (bei Hartweizen im Mai um 75% gegenüber Vorjahresfrist) werden insbesondere die Abnehmerländer in Nordafrika und im Westasien leiden, was die politische Stabilität dieser Region gefährden könnte.

Abbildung 1
Preise ausgewählter Rohstoffe in US-Dollar
Index 2021 = 100



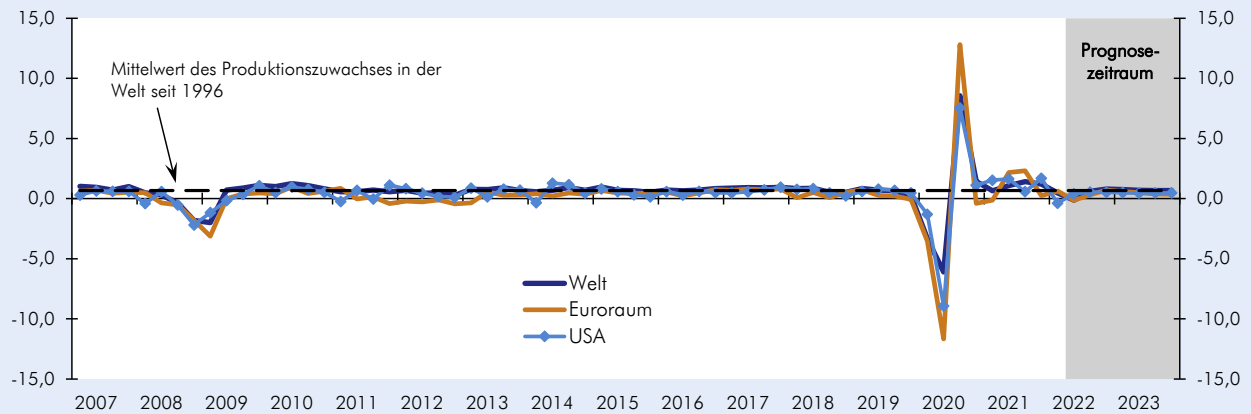
Quellen: IMF, pink sheet data; Berechnungen des IWH.

Schon **im ersten Quartal 2022** hat sich die weltwirtschaftliche Erholung nicht mehr fortgesetzt. Dazu hat auch beigetragen, dass ein erneuter Pandemieausbruch in China und der Kriegsausbruch in der Ukraine gegen Ende des Quartals die Konjunktur belasteten. In den USA ist die Produktion überraschend um 0,4% gesunken (vgl. Abbildung 2). Dort waren allerdings ein deutlicher Lagerabbau und schwache Exporte ausschlaggebend, während private Konsumausgaben und Investitionen weiter deutlich expandierten. Ein Pandemieausbruch im Winter steht hinter dem leichten Produktionsrückgang in Japan (um 0,1%), und im Euroraum expandierte das Bruttoinlandsprodukt wie schon Ende

2021 nur leicht (um 0,3% ohne Irland)¹, vor allem, weil die privaten Haushalte in allen großen Mitgliedsländern ihren Konsum einschränkten. In China legte die Produktion mit 1,3% noch recht deutlich zu. Allerdings sind mit dem Pandemieausbruch und dem rigorosen Lockdown in Shanghai, dem wichtigsten Ballungsraum des Landes, im April Einzelhandelsumsätze, Industrieproduktion und Außenhandel deutlich gesunken, und die Probleme im chinesischen Immobiliensektor schlagen sich nun auch in sinkenden Häuserpreisen nieder.

Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2022 und 2023: Schätzung und Prognose des IWH.

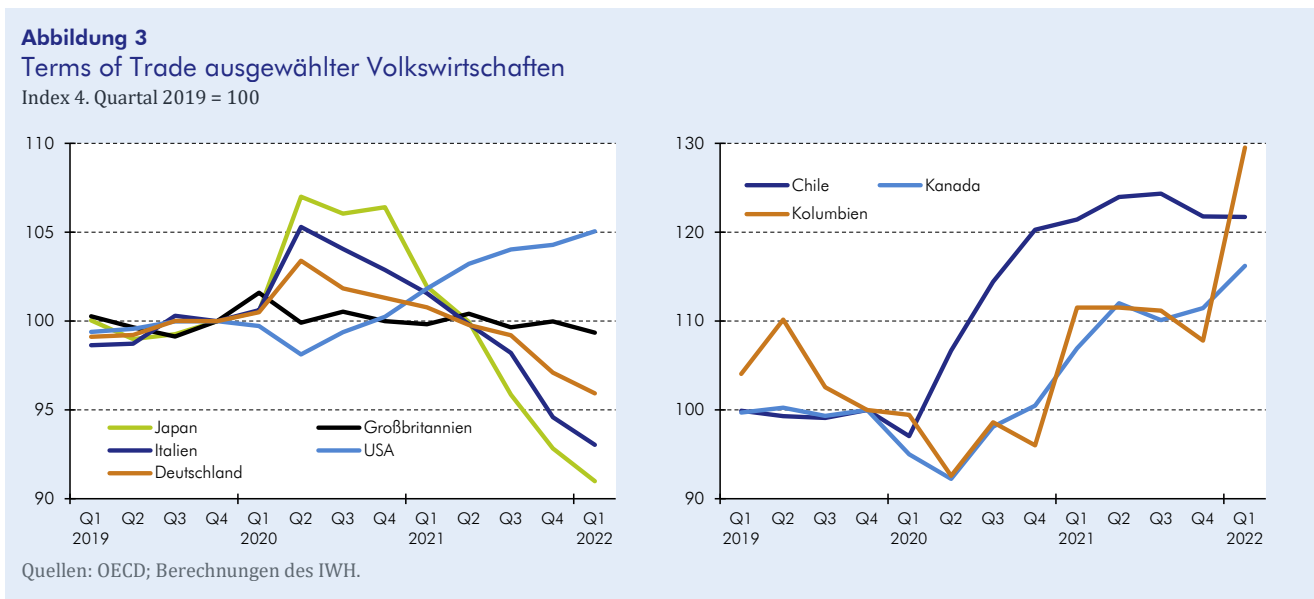
Während in China die Dynamik der **Verbraucherpreise** bislang moderat bleibt, hat sie sich andernorts im Frühjahr, vor allem aufgrund des oben skizzierten Rohstoffpreisanstiegs, noch einmal erhöht. Die Verbraucherpreise lagen zuletzt in Großbritannien um 9% über Vorjahresniveau (April), in den USA um 8,6% und im Euroraum um 8,1% (jeweils Mai). Nicht weniger stark sind die Preise in den großen Schwellenländern gestiegen. So lag die Inflationsrate in Indien zuletzt bei 7,0% und in Brasilien bei 11,7%. Die Mehrzahl der Zentralbanken haben seit Jahresbeginn auf den Preisschub mit Zinserhöhungen reagiert, die US-Notenbank hob in mehreren Schritten ihre Zielrate um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf 1,5 – 1,75% an, und die Finanzmärkte rechnen damit, dass diese auf über 3% im Sommer 2023 steigen wird. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat jüngst für Juli eine Zinsanhebung signalisiert, für Sommer 2023 erwarten die Märkte einen Leitzins von 1,5%. Dabei liegen die langfristigen Inflationserwartungen, wie sie sich aus fünfjährigen Inflationsswap ergeben, gar nicht so weit auseinander, nämlich Ende Mai für die USA bei 3,3% und für den Euroraum bei 3,2%. Die vorsichtiger Gangart im Euroraum lässt sich mit den Risiken des nahen Krieges und wohl auch mit der prekären Lage der Staatsfinanzen vor allem Italiens erklären. Zudem ist die Preis-Lohn-Dynamik viel geringer als in den USA. Dort lagen die Lohnstückkosten im ersten Quartal um 8,2% über Vorjahresniveau, im Euroraum lediglich um 1,8%. In beiden Währungsräumen sind die Kapitalmarktzinsen deutlich gestiegen, für zehnjährige Staatstitel der USA seit Jahresanfang um 1,9 Prozentpunkte auf 3,5%, für deutsche um 1,8 Prozentpunkte auf 1,7% und für italienische gar um bis zu 3 Prozentpunkte auf 4,2%. Zugleich sind die Bewertungen an den Aktienmärkten deutlich gefallen, gemessen am MSCI Weltindex seit Jahresanfang um mehr als 20%. Dabei spielt neben den erheblichen Konjunkturrisiken wohl auch eine Rolle, dass die Märkte von mittelfristig wieder steigenden Realzinsen ausgehen. So ist nämlich zu erklären, dass Technologiewerte besonders kräftig verloren haben, weil deren erwarteten Erträge weit in der Zukunft liegen.

Für die zwei großen ostasiatischen Volkswirtschaften ist allerdings nicht mit einem Anziehen der geldpolitischen Zügel zu rechnen: Die chinesische Zentralbank versucht im Gegenteil, dem Abschwung mit expansiven Maßnahmen entgegenzuwirken; und in Japan sieht die **Geldpolitik** die Chance, dass der weltweite Inflationsschub Unternehmen und Haushalte endlich dazu bringen könnte, mit mittelfristig positiven Inflationsraten zu rechnen. Die weite Spanne zwischen dem japanischen Zinsniveau und Renditen etwa in den USA hat freilich den Yen deutlich abwerten lassen,

¹ Mit Irland beträgt die Zuwachsrate 0,6%. Allerdings wird das irländische Bruttoinlandsprodukt seit einigen Jahren in Niveau und in Veränderungsraten dadurch verzerrt, dass multinationale Unternehmen sowohl ihr geistiges Eigentum als auch ihre weltweite Produktion ihrer irischen Tochtergesellschaft (oder der irischen Konzernzentrale) zurechnen lassen.

gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn um etwa 13%. In beiden ostasiatischen Ländern ist zudem die **Finanzpolitik** in diesem Jahr expansiv ausgerichtet. Dagegen wirkt in den USA die Finanzpolitik in diesem Jahr restriktiv, denn die in den Vorjahren gezahlten Pandemiehilfen fallen weg, und von Regierungsseite eigentlich geplante Ausgabenprogramme finden im Kongress wohl keine Mehrheit. Nur leicht restriktiv dürfte die Finanzpolitik im Euroraum wirken, denn der Fortfall der Pandemie-Hilfen wird durch expansive Maßnahmen fast ausgeglichen. Beschlossen oder geplant sind Entlastungen für Unternehmen und Verbraucher von der Mehrbelastung durch die Energiekosten und investive Maßnahmen im Rahmen des Next-Generation EU-Programms. Zudem fallen Ausgaben für die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine an. Deren Zahl dürfte im Juni etwa vier Millionen Menschen betragen.² Die Verteidigungsausgaben dürften in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden.

Angesichts des Wegfalls wirtschaftspolitischer Impulse und der negativen Schocks durch den Krieg in Europa und die Corona-Ausbrüche in China darf die Stimmung bei Unternehmen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und auch in vielen Schwellenländern als bislang recht robust bezeichnet werden. Die Weltwirtschaft leidet weiterhin nicht unter zu wenig Nachfrage, sondern unter partiell unzureichenden Produktionskapazitäten und einem Mangel an Arbeitskräften. Darauf deuten auch die in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hohen Zahlen an unbesetzten Arbeitsstellen hin. Allerdings ist zu erwarten, dass die Güternachfrage **in den kommenden Quartalen** dort zu schwächeln beginnen wird, wo der Anstieg der Rohstoffpreise zu einer Verschlechterung der Terms of Trade und letztlich zu gesamtwirtschaftlich hohen Realeinkommensverlusten führt. Das trifft für rohstoffarme Länder wie Deutschland, Italien und Japan zu, während sich für Rohstoffexporteure, aber auch die USA, die Terms of Trade deutlich verbessern (vgl. Abbildung 3).



Auch deshalb stehen die Chancen gut, dass die geldpolitische Straffung in den USA keinen scharfen Abschwung auslöst. Im Euroraum wird die Binnennachfrage stärker belastet, einer Rezession steht dort aber die Erholung der Nachfrage nach kontaktintensiven Dienstleistungen, zumal im Tourismussektor, entgegen. Die im Winterhalbjahr noch recht kräftige britische Konjunktur dürfte sehr deutlich an Fahrt verlieren, denn auch wegen der Kosten des Brexit sind Inflationsdynamik und geldpolitischer Handlungsbedarf noch größer als im Euroraum. In China ist ein kräftiger Abschwung dagegen wohl nicht zu vermeiden. Zwar scheint es kurzfristig zu gelingen, die Corona-Ausbrüche in Shanghai und in Peking einzudämmen, und das Wirtschaftsleben soll sich im Juni wieder normalisieren. Es ist aber schwer vorstellbar, dass neue Ausbrüche der Corona-Pandemie vom hoch ansteckenden Omikron-Typ mit anschließenden Lockdowns großer Regionen in diesem und im nächsten Jahr ganz ausbleiben werden, und auch eine Abkehr von der Null-Covid-Strategie ist für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Die konjunkturellen Aussichten der übrigen Schwellenländer sind je nach Betroffenheit von den Verschiebungen der relativen Preise sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle A1).

² Diese Schätzung ergibt sich aus Daten des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR, vgl. <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine/>.

Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender **Prognose** im Jahr 2022 um 2,9% und im Jahr 2023 um 2,8%. Die Expansionsraten sind nahe dem langjährigen Durchschnitt, allerdings wird damit der Trendpfad von vor der Pandemie erst einmal nicht wieder erreicht. Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr um 3,3%, für das Jahr 2023 wird ein Zuwachs von 2,9% prognostiziert (vgl. Kasten 1).

Kasten 1

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der **Wechselkurs des Euro** gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,07 US-Dollar/Euro. Die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft ist aufgrund der Euroabwertung etwas gestiegen und damit im Prognosezeitraum so hoch wie seit fünf Jahren nicht. Der **Welthandel** (Güter) dürfte im Jahr 2022 um 3,3% und im folgenden Jahr um 2,9% zunehmen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB im Juli 2022 damit beginnen wird, ihren **Hauptrefinanzierungssatz** nach und nach anzuheben. Ende 2022 dürfte er bei 1,0% und Ende 2023 bei 2,0% liegen. Zudem kündigte die EZB an, die im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramm fällig werden den Anleihe-Reinvestitionen flexibler zu investieren. Der **Preis für Erdöl** der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 107 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei 100 US-Dollar.

Über den Fortgang der **Pandemie** wird angenommen, dass sie die Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2022 nur noch indirekt über die Effekte von Lockdown-Maßnahmen in China beeinträchtigt. Für das Jahr 2023 sind keine Pandemie-Effekte mehr unterstellt.

Für den **Krieg in der Ukraine** ist unterstellt, dass er sich nicht ausweitet, der Konflikt aber im Prognosezeitraum – als militärische Auseinandersetzung oder eingefroren – fortbesteht. Die verhängten Sanktionen bleiben bestehen, zu neuen Flüchtlingswellen kommt es nicht.

Die **Finanzpolitik** ist in Deutschland im Jahr 2022 mehr oder weniger konjunkturneutral ausgerichtet. Dies geht im Wesentlichen darauf zurück, dass die im Zuge der Corona-Pandemie aufgelegten, direkten Unternehmenshilfen im laufenden Jahr deutlich zurückgehen. Außerdem entfallen mehr und mehr die pandemiebedingten staatlichen Mehrausgaben im Gesundheitswesen, z.B. für den Kauf von Schutzausrüstung, die Impfkampagne oder die Unterstützung von Krankenhäusern. Dem stehen die nachfragestimulierenden Maßnahmen aus den Entlastungspaketen zur Abfederung der Verbraucherpreis-inflation gegenüber. Zu nennen sind hier vor allem die Energiepreispauschale, die rückwirkende Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2022, die temporäre Absenkung der Energiesteuer in den Monaten Juni bis August, der Energiekostenzuschuss für Unternehmen und die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022. Zudem regen die Mehrausgaben für Verteidigung und die bereits in der Vergangenheit beschlossenen zusätzlichen investiven Maßnahmen, etwa zum Klimaschutz und zur Digitalisierung, die Nachfrage an.

Im Jahr 2023 ist die Finanzpolitik nach jetzigem Stand sehr restriktiv ausgerichtet. Ursächlich hierfür ist die Annahme, dass die Corona-bedingten Mehrausgaben dann vollständig entfallen. Gleiches gilt für die zeitlich befristeten Maßnahmen aus den Entlastungspaketen. Zudem wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung angehoben, und auch der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung dürfte deutlich steigen. Die im Jahr 2023 expansiv wirkenden finanzpolitischen Maßnahmen, etwa die vollständige Abzugsfähigkeit von Rentenversicherungsbeiträgen, die zu erwartenden deutlichen Anpassungen beim Einkommensteuertarif oder die weiter anlaufenden, zusätzlichen Verteidigungsausgaben, fallen vom Volumen her deutlich geringer aus. Der restriktive Effekt der diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen beläuft sich im kommenden Jahr auf 1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Die **Risiken** für die internationale Konjunktur sind zum einen exogen: Der Krieg in der Ukraine könnte die Weltwirtschaft noch deutlich stärker belasten als in dieser Prognose unterstellt, etwa wenn es doch noch zu einem abrupten Stopp der Lieferungen von russischem Öl und Gas nach Europa kommen sollte. In China könnte es nicht nur gelegentlich, sondern immer wieder zu massiven Ausbrüchen wie jüngst in Shanghai kommen, was einen steten Fall der Produktion nach sich ziehen würde. Zudem könnten neue und gefährlichere Varianten des Coronavirus auftreten.

Erhebliche Risiken ergeben sich zum anderen aus der fast überall hohen Inflationsdynamik und der durch sie ausgelösten geldpolitischen Straffung in den USA und in vielen anderen Währungsräumen. Sollte es zu einem deutlichen Anstieg der Realzinsen kommen, könnte dies Finanzsysteme auf verschiedene Weise destabilisieren: So könnten Schwellenländer, die zu den Verlierern der gegenwärtigen Rohstoff-Hausse gehören, aber auch hoch verschuldete Staaten in fortgeschrittenen Volkswirtschaften an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit kommen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Vermögenswerte auf breiter Front stark nachgeben, denn aus historischer Perspektive sind sie gegenwärtig relativ zu den Einkommen ausgesprochen hoch.³ Zwar scheint das Finanzsystem für ein solches Szenario heutzutage besser gerüstet zu sein als zu Zeiten der Finanzkrise um 2008, aber auch gegenwärtig gibt es mit Kryptowährungen wie Bitcoin erst kürzlich entwickelte Finanzinstrumente, deren Krisenfestigkeit zu bezweifeln ist.

Teuerung bremst Erholung der deutschen Wirtschaft

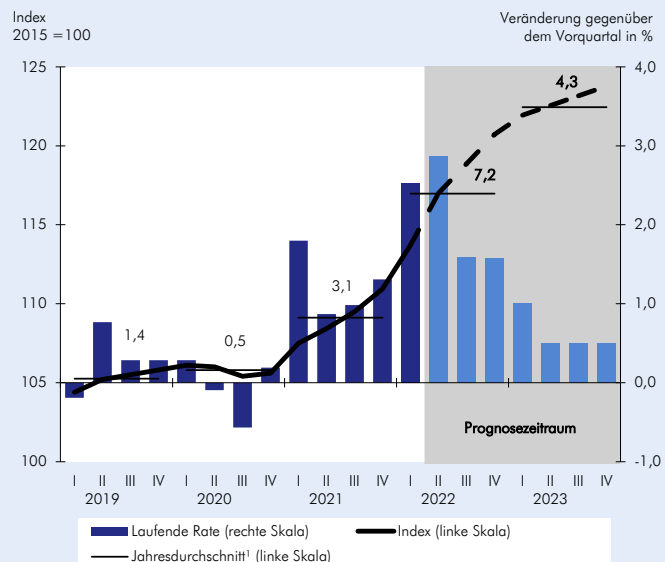
Die deutsche Wirtschaft wird durch den Krieg in der Ukraine schwer belastet. Zu Kriegsbeginn standen hierzulande die Chancen für eine kräftige Erholung von der Pandemiekrise recht gut. Obwohl noch eine Vielzahl von Beschränkungen galten, legte die Produktion im **ersten Quartal 2021** nach einem Rückgang Ende 2021 wieder leicht (um 0,2%) zu. Die Expansion ging im Wesentlichen auf Investitionen, vor allem in Bauten, zurück, wobei die milde Witterung half. Der private Konsum stagnierte dagegen lediglich, nicht zuletzt, weil die bundesweiten Corona-Regeln nach ersten Lockerungen im Februar erst im März weitgehend aufgehoben wurden. Im Lauf des ersten Quartals haben die privaten Haushalte ihr Konsumverhalten zu normalisieren begonnen, auch weil die Zahl der schweren Corona-Erkrankungen dank einer mittlerweile recht hohen Impfquote und eines mildereren Verlaufs bei Infektion mit der Omikron-Variante seit Mitte Dezember deutlich zurückgegangen ist. Entsprechend hat die Aktivität vor allem in den Wirtschaftszweigen Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie sonstige Dienstleistungen, zu denen auch die Ausrichtung öffentlicher Veranstaltungen zählt, deutlich zugenommen (vgl. Tabelle A13). Insgesamt wurde der deutliche Anstieg der nominalen Konsumausgaben um 2,5% von der starken Teuerung vollständig aufgezehrt. Sie ist auch die Ursache dafür, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, wenn sie um den Preisanstieg für Konsumgüter deflationiert werden, im ersten Quartal 2022 0,6% niedriger waren als vor Jahresfrist. Dem stehen gesamtwirtschaftlich keine gestiegenen Unternehmensgewinne gegenüber; die Unternehmens- und Vermögenseinkommen waren im ersten Quartal sogar niedriger als vor einem Jahr, und die Lohnquote ist mit 72,6% im langjährigen Vergleich recht hoch. Wer von der hohen **Inflation** profitiert, sind vor allem ausländische Rohstoffproduzenten.

Dennoch scheinen die Unternehmen in Deutschland weiterhin mit einiger Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Die Zahl der offenen Stellen befindet sich laut Bundesagentur für Arbeit auf einem Höchststand, und es wird trotz aller Unsicherheiten weiter kräftig eingestellt, im ersten Quartal sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als

auch am Bau und in den allermeisten Dienstleistungsbranchen. Dabei ist die Zahl der Arbeitsstunden sogar zurückgegangen. Offenbar bestanden die Produktionshindernisse im ersten Quartal fort, zum Teil noch pandemiebedingt bei den kontaktintensiven Dienstleistungen, aufgrund von anhaltenden Lieferengpässen aber auch im Verarbeitenden

Abbildung 4
Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

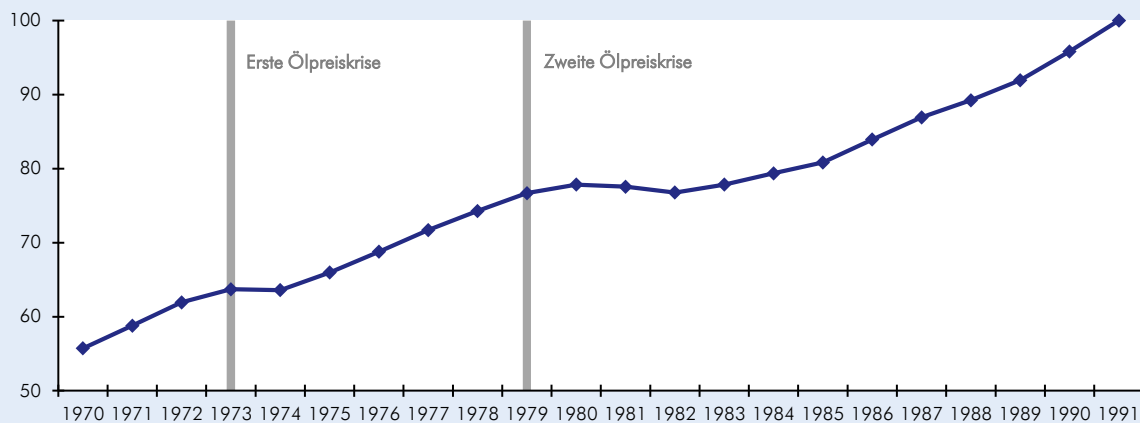
³ Vgl. etwa *Woetzel, J. et al.: The Rise and Rise of the Global Balance Sheet: How Productively Are We Using Our Wealth? McKinsey Global Institute Report, 2021.*

Gewerbe. Im Maschinen- und Fahrzeugbau ist der Anteil der Unternehmen, die über Produktionsbeschränkungen aufgrund von Mangel an Vorleistungsgütern klagen, im Mai auf etwa 90% gestiegen.⁴ Vor allem auf den rückläufigen Fahrzeugbau ist zurückzuführen, dass die Produktion im deutschen Verarbeitenden Gewerbe im März um 4% gesunken ist und sich im April kaum erholt hat. Entsprechend der schwachen Industrieproduktion sind die Exporte im ersten Quartal 2022 um 2,1% gesunken.

Die **konjunkturellen Aussichten** für den Sommer sind trüb: Zwar wurden die bundesweiten Corona-Regelungen im März weitgehend aufgehoben, was einigen Dienstleistungsbranchen wie dem Gastgewerbe Schwung geben wird. Allerdings ist die deutsche Konsumentenstimmung mit dem Kriegsbeginn in der Ukraine eingebrochen, laut GfK und Umfrage der Europäischen Kommission im Mai sogar stärker als am Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020. Die preisbereinigten Einzelhandelsumsätze sind schon seit verganginem Sommer im Trend rückläufig. Eine Hauptursache ist die hohe Teuerung, die zuletzt besonders kräftig zugenommen hat: Die **Verbraucherpreisinflation** belief sich im Mai auf 7,9%. Die Energiekomponente lag gar um über 38% über Vorjahresstand, die der Nahrungsmittel bei über 11%, aber auch ohne diese Gütergruppen betrug die Inflationsrate 3,8%. Für das Gesamtjahr ist mit einer Inflationsrate von 7,2% zu rechnen (vgl. Abbildung 4). Hintergrund ist vor allem, dass die Terms of Trade im Jahr 2022 um 3,0% schlechter ausfallen dürften als vor Pandemieausbruch. Ähnlich deutliche Rückgänge der Terms of Trade gab es auch im Gefolge der beiden Ölkrisen 1973 und 1979. Beide Male wurde der private Konsum stark gedämpft, und auch in den Folgejahren fand er nicht auf seinen ursprünglichen Expansionspfad zurück (vgl. Abbildung 5). So dürfte es auch diesmal kommen. Zwar ist damit zu rechnen, dass die privaten Haushalte ihre Sparquote im laufenden Jahr um 4,2 Prozentpunkte auf 10,8% reduzieren, das werden sie aber vor allem deshalb tun, um ihr gewohntes Konsumniveau trotz gesunkenem Realeinkommen aufrechtzuhalten. Auch dürfte die kriegsbedingte Verunsicherung viele Haushalte von größeren Konsumausgaben abhalten. Was den privaten Verbrauch stützen wird, ist die kräftige Erhöhung des Mindestlohns, welche auch bessere Bezahlung in höheren Lohngruppen zur Folge haben dürfte.⁵

Abbildung 5
Reale Konsumausgaben im früheren Bundesgebiet

Kettenindex, 1991 = 100 (logarithmische Skalierung)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2021): Inlandsproduktberechnung, Lange Reihen seit 1970; Darstellung des IWH.

Die **Exporte** dürften im Jahr 2022 ebenfalls schwächeln. Die Erwartungskomponente des ifo Geschäftsklimas befindet sich zurzeit auf Rezessionsniveau, sowohl gesamtwirtschaftlich als auch im stark vom Exportgeschäft abhängigen Verarbeitenden Gewerbe. Zwar ist der Bestand an Aufträgen aus dem Ausland noch hoch, die Auftragseingänge sind aber seit Jahresanfang stark zurückgegangen. Dazu dürfte der Konjunkturabschwung in China beigetragen haben. Zudem bricht ein Großteil des Russland-Geschäfts weg, was die deutschen Exporte immerhin um reichlich einen Prozentpunkt senken dürfte. Die **Anlageinvestitionen** werden durch die hohe Unsicherheit aufgrund des Krieges belastet, sie dürften aber von Staatsaufträgen gestützt werden, denn die Energiewende wird zum Teil von öffentlichen Investitionen vorangetrieben. Zudem dürften erste Aufträge für die Rüstungswirtschaft in die zweiten Jahreshälfte 2022 fallen. Gedämpft wird der Anstieg der Anlageinvestitionen allerdings weiterhin von den begrenzten Kapazitäten der Bauwirtschaft: Die

⁴ Vgl. OECD Economic Outlook 2022/1, 30.

⁵ Ab Oktober 2022 ist der Mindestlohn mit 12 Euro je Stunde um 27% höher als ein Jahr zuvor.

Ausgaben für Bauinvestitionen lagen im ersten Quartal 23% über ihrem Niveau von vor der Pandemie, real aber lediglich um 4%. Die starke Nachfrage lässt weniger die Rohbauten als die Baupreise in die Höhe wachsen.

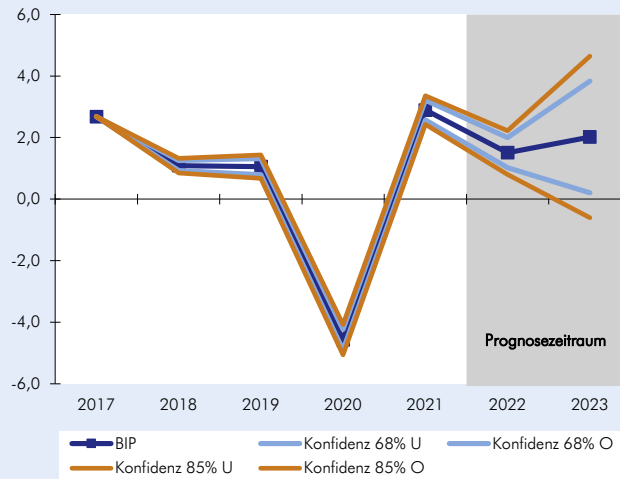
Alles in allem dürfte die **Produktion** im Sommerhalbjahr nur stagnieren. Insgesamt steigt das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 nach vorliegender Prognose um 1,5% (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung) und liegt damit um 1,6 Prozentpunkte unter der IWH-Frühjahrsprognose (vgl. Tabelle A5).⁶ Im Jahr 2023 dürfte der Zuwachs 2,0% betragen (vgl. Tabelle A8). Die Produktion entspricht dann in etwa dem Produktionspotenzial (vgl. Kasten 2). Für das Jahr 2022 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 1,0% bis 2,0% und für das Jahr 2023 von 0,2% bis 3,8% (vgl. Abbildung 6).⁷ Im Jahresverlauf 2022 setzt sich der Aufbau der Erwerbstätigkeit zunächst verlangsamt fort, aufgrund der Mindestlohnerhöhung stagniert er zum Ende des Jahres. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, aufgrund der kräftigen Mindestlohnerhöhungen aber deutlich langsamer als zuvor. Die Verbraucherpreisinflation erreicht im Mai mit 7,9% ihr Maximum, fällt aber erst im Verlauf des Jahres 2023 wieder unter 3%, vor allem, weil dann die Energiepreise als Treiber der Inflation wegfallen dürften. Für das Gesamtjahr 2022 ergibt sich eine Verbraucherpreisinflation von 7,2%, für 2023 von immer noch 4,3%.

Die vorliegende **Prognose** basiert auf der Annahme, dass es zu keinen erneuten Eindämmungsmaßnahmen im Zuge einer neuen Pandemiewelle kommt. Sollte es im Winterhalbjahr zu Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität kommen, dürfte sich die konjunkturelle Erholung weiter verzögern. Darüber hinaus entsprechen die Risiken für die deutsche Konjunktur denen im internationalen Teil. Allerdings wären die Schäden eines Stopps der russischen Gaslieferungen nach Europa hierzulande besonders groß, weil über die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Gases in den vergangenen Jahren aus Russland bezogen wurde und dieses Gas nur zum Teil aus anderen Quellen zu ersetzen wäre. Seit Ausbruch des Krieges sind eine Reihe von Studien erschienen, die sich um eine Abschätzung der Folgen eines Gasstopps für Produktion und Preisniveau in Deutschland bemühen, mit weit divergierenden Ergebnissen.⁸ Bachmann et al. (2022) kommen je nach Höhe des Gasschocks zu recht geringen Produktionsverlusten zwischen 1,3% und 2,2%. Allerdings verwenden sie ein statisches Modell, mit dem Effekte bestimmt werden, die sich nach einer vollständigen Anpassung der Wirtschaft an eine Welt ohne russische Gaslieferungen ergeben. Andere Studien, die mit dynamischen Modellansätzen arbeiten, kommen zu deutlich höheren Verlusten in der kurzen Frist. Die Gemeinschaftsdiagnose (2022) prognostiziert im Jahr 2023 statt eines Zuwachses der Produktion von 3,1% einen Rückgang

Abbildung 6

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

⁶ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022.

⁷ Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d.h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

⁸ Insbesondere sind dies *Bachmann, R. et al.*: Was wäre, wenn ...? Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Importstopps russischer Energie auf Deutschland, *ECONtribute Policy Brief No. 029*, 2022, *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress*, *Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022*, Kiel, 2022, Abschnitt „Ein alternatives Szenario: EU ohne Energierohstoffe aus Russland, Kiel 2022, *Krebs, T.*: Auswirkungen eines Gasembargos auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland, *IMK Study 79*, Düsseldorf, 2022 und *Deutsche Bundesbank*: Mögliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft in einem adversen Risikoszenario, in: *Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024*, *Monatsbericht Juni 2022*, 37.

um 2,2% im Falle eines Embargos. Die Verbraucherpreisinflation dürfte 5% statt 2,8% betragen. Noch größer ist der Effekt auf die Produktion in einer Modellsimulation der Deutschen Bundesbank (2022). Sie unterstellt in ihrem Risiko-szenario neben einem Gaslieferstopp allerdings generell höhere Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie einen starken Rückgang der ausländischen Nachfrage nach deutschen Produkten. Die Produktion ist demnach im Jahr 2023 um 6¾% niedriger als im Basisszenario der Bundesbank, die Inflationsrate um etwa 1½ Prozentpunkte höher. Allerdings ist der Füllstand der deutschen Gasspeicher mittlerweile wieder auf das jahreszeitlich übliche Niveau gestiegen.⁹ Rationierungen des Gasverbrauchs könnten daher im Winter 2022/2023 vermieden werden, wenn es nicht allzu kalt wird. Die Folgen eines Lieferstopps für russisches Gas würden daher erst im darauffolgenden Winter richtig zum Tragen kommen.

Nach einem gesamtstaatlichen **Haushaltsdefizit** in Höhe von 3,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird sich der Finanzierungssaldo im laufenden Jahr erhöhen, weil die gesamtstaatlichen Einnahmen deutlich stärker expandieren dürften als die Ausgaben. Aufgrund der umfangreichen Entlastungsmaßnahmen werden die Steuereinnahmen zwar deutlich verhaltener als im Vorjahr expandieren, aufgrund des starken Anstiegs der Bruttolöhne und -gehälter aber dennoch um 4%. Die Sozialbeiträge legen hingegen deutlich stärker zu. Aufgrund der Rückführung der Zahlungen von beitragspflichtigem Kurzarbeitergeld jedoch nicht mit derselben Rate wie die Bruttolöhne und -gehälter. Die öffentlichen Ausgaben stagnieren im laufenden Jahr nahezu. Zwar nehmen die öffentlichen Investitionen spürbar zu, die Subventionen und die geleisteten Vermögenstransfers gehen mit dem Auslaufen der Corona-bedingten Stützungsmaßnahmen jedoch deutlich zurück. Die monetären Sozialleistungen expandieren nur verhalten. Zwar werden die Renten zum 1. Juli 2022 kräftig nach oben angepasst, die Zahlungen von Kurzarbeitergeld gehen dafür aber deutlich zurück.

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2020	2021	2022	2023
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-145,2	-130,8	-67,2	-23,2
– Konjunkturkomponente ¹	-66,8	-31,4	-20,1	-0,3
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-78,5	-99,4	-47,1	-22,9
– Einmaleffekte ²	0,0	-4,2	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-78,5	-95,2	-47,1	-22,9
+ Zinsausgaben des Staates	21,0	21,8	21,9	22,5
= Struktureller Primärsaldo	-57,5	-73,4	-25,2	-0,5
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-110,2	-15,9	48,2	24,7
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	-2,3	-2,7	-1,2	-0,6
struktureller Primärsaldo	-1,7	-2,1	-0,7	0,0
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-3,2	-0,3	1,4	0,7

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im kommenden Jahr wird sich der Saldo der öffentlichen Haushalte weiter erhöhen. Auf der Einnahmeseite machen sich dann der Wegfall der Entlastungspakete, die das Steueraufkommen im Vorjahr mindern, und der Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen bemerkbar. Beides führt zu einem beschleunigten Anstieg der gesamtstaatlichen Einnahmen. Auch die öffentlichen Ausgaben nehmen im Jahr 2023 wieder zu, jedoch weniger als die Einnahmen. Insbesondere die öffentlichen Investitionen expandieren aufgrund zunehmender militärischer Beschaffungen erneut kräftig, aber auch die monetären Sozialleistungen, deren Anstieg im Vorjahr durch einen deutlichen Rückgang der Kurzarbeit und der Zahl der Arbeitslosen gedämpft wurde, legen wieder spürbar zu. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr 2023 auf -0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, nach -1,8% im Jahr zuvor. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von -2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf -0,6% im Jahr 2023. Der strukturelle Primärsaldo erhöht sich von -2,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf 0,0% im Jahr 2023 (vgl. Tabelle 1).

⁹ Holtemöller, O.; Schult, C.: Aktuelle Trends: Deutsche Gasspeicher erreichen jahreszeitüblichen Füllstand, in: *Wirtschaft im Wandel*, Vol. 28 (2), 2022, 26.

Kasten 2**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis 2026 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,9% (vgl. Tabelle K2).

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Ende September 2021 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten mittelfristigen Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2021 bis 2035.^{K1,1} Die darin enthaltenen zwei Szenarien für die Zuwanderung sind darin als Ober- bzw. Untergrenzen der zu erwartenden tatsächlichen Bewegungen beschrieben. Analog zum Vorgehen der Gemeinschaftsdiagnose^{K2,1} legt diese Projektion als wahrscheinlichstes Szenario eine Nettozuwanderung zugrunde, die dem Mittelwert der beiden Szenarien entspricht. Demnach würde sie zunächst bis auf 335 000 Personen im Jahr 2023 steigen, bevor sie im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder langsam zurückgeht. In Bezug auf die Migrationsbewegung aus der Ukraine greift diese Projektion ebenso auf Annahmen der Gemeinschaftsdiagnose zurück.^{K3,1} Demzufolge wird unterstellt, dass sich die Zuwanderung bis Ende 2024 unter Berücksichtigung von Rückkehrern und Nachzügen auf 840 000 Personen beläuft. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) ist dabei mit 45% deutlich geringer als bei der Gesamtbevölkerung, da ukrainischen Männern im wehrfähigen Alter die Ausreise derzeit untersagt ist und die Gruppe der Flüchtenden somit nahezu ausschließlich aus Frauen, Kindern und Senioren besteht. Es wird weiterhin angenommen, dass die Partizipationsquote zunächst bei lediglich 20% liegt und über den gesamten Projektionszeitraum kontinuierlich auf 70% ansteigt.

Tabelle K2**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2021 ²		1996-2021		2021-2026	
Produktionspotenzial	1,2		1,3		0,9	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	1,3	(0,5)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	-0,1	(-0,1)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,1	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,3	
Erwerbsquote	0,2		0,2		-0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,4		-0,4	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		1,1	

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch leicht zunehmen und erst ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken, wobei sich der Rückgang gegen Ende des Projektionszeitraums beschleunigt. Über den gesamten Zeithorizont nimmt sie um etwa 240 000 Personen auf 62,5 Millionen im Jahr 2026 zu. Dabei wird die Partizipation in den kommenden Jahren wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,8% auf 75,8% steigen. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2026 methodenbedingt mit 3,5% etwas höher liegen als im Jahr 2021 (3,0%).

^{K1} Vgl. *Statistisches Bundesamt: Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035*. Wiesbaden, 2021.

^{K2} Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021*. Halle (Saale), 2021.

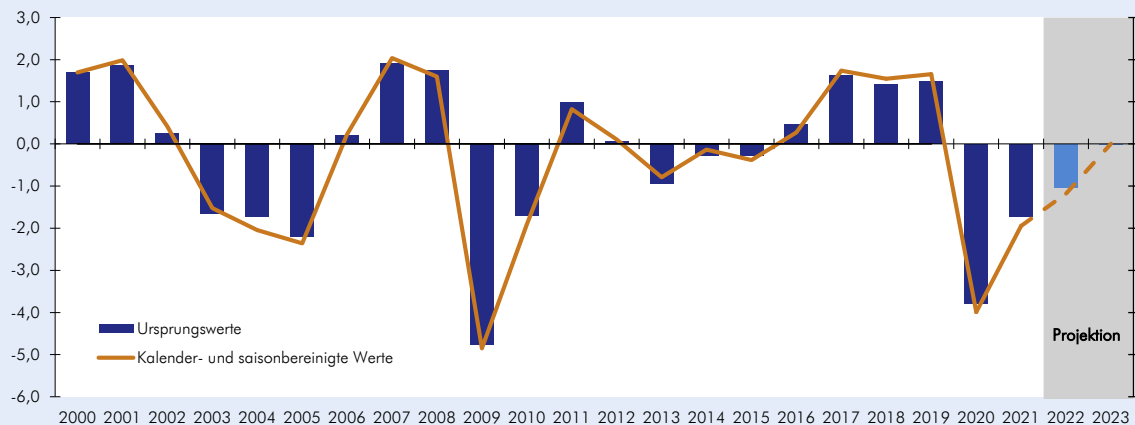
^{K3} Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022*. Kiel, 2022.

Aufgrund von pandemiebedingten Ausfallzeiten ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Winterhalbjahr 2021/22 wieder deutlich zurückgegangen und nimmt auch im weiteren Verlauf in der Kurzfrist nur unwesentlich zu, etwa, weil die Mindestlohnerhöhung einem stärkeren Anstieg entgegenwirkt. Danach wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen verläuft zunächst schneller. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums nimmt sie wieder langsamer ab. Über den gesamten Zeitraum sinkt sie um etwa 25 Stunden.

Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen über den gesamten Projektionszeitraum abnehmen. In der kurzen Frist wirkt dabei der Zunahme der Erwerbsbevölkerung der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit entgegen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum nimmt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich um 0,1% ab und dämpft dadurch das Potenzialwachstum um 0,1 Prozentpunkte.

Abbildung K2
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,5 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für das Jahr 2022 eine Produktionslücke von -1,0%. Im Durchschnitt des Jahres 2023 ist sie geschlossen (vgl. Abbildung K2).

Aufschwung in der ostdeutschen Wirtschaft verzögert sich

Im Jahr 2021 hat das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland um 2,3% gegenüber dem Vorjahr zugelegt und damit knapp 0,7 Prozentpunkte schwächer als Deutschland insgesamt. Dies ist im Wesentlichen auf eine deutlich schwächere Entwicklung im Produzierenden Gewerbe zurückzuführen.

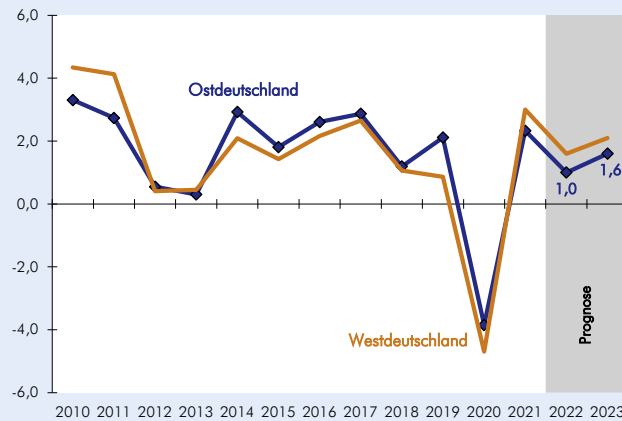
Auch zu Beginn des laufenden Jahres dürfte sich die ostdeutsche Produktion etwas schwächer entwickelt haben. So legen etwa Umfragen nahe, dass sich insbesondere die Konjunktur im Baugewerbe in den ersten Monaten des Jahres weiter abschwächte. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte sie ähnlich schwach gewesen sein wie in Deutschland insgesamt. Durch den allmählichen Abbau von bestehenden Materialengpässen ist mit einer Normalisierung der Produktion in beiden Landesteilen zu rechnen.

Die private Konsumnachfrage wird im laufenden Jahr durch zwei entgegengesetzt wirkende Faktoren bestimmt. Einerseits steigen in Ostdeutschland durch die kräftige Anhebung des Mindestlohnes im Jahr 2022 und eine etwas

stärkere Rentenerhöhung die verfügbaren Einkommen stärker. Andererseits wirkt dem ein höherer Kaufkraftverlust durch höhere Inflationsraten entgegen. Dazu hat beigetragen, dass seit der Mindestlohnerhöhung zum Januar dieses Jahres die Inflationsraten in den ostdeutschen Bundesländern deutlich über denen der westdeutschen Bundesländer liegen. Im Mai 2022 hat sich der Abstand zwischen den Inflationsraten in Ost- und Westdeutschland nochmals erhöht. Zudem ist von einer geringeren Arbeitsnachfrage der Unternehmen auszugehen. Zwar dürfte die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auf 6,6% sinken, nachdem sie im Jahr 2021 noch bei 7,1% lag, und im Jahr 2023 dann nochmals auf 6,4% zurückgehen. Allerdings dürfte der Rückgang durch die Mindestlohnerhöhungen etwas verlangsamt sein.

Alles in allem legt die Produktion in Ostdeutschland nach 2,3% im vergangenen Jahr in diesem Jahr nur noch um 1,0% zu. Im Jahr 2023 dürfte sie dann mit 1,6% wieder ein wenig schneller steigen (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2022 Prognose des IWH.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Europa	28,3	-5,6	5,7	2,4	1,6	1,2	3,5	10,1	5,1				
EU 27	20,3	-5,9	5,3	2,8	2,0	0,6	2,8	7,2	3,5	7,2	7,0	6,1	5,8
Großbritannien	3,7	-9,3	7,4	3,9	1,3	0,9	2,6	8,5	6,5	4,5	4,5	3,8	3,7
Schweiz	1,0	-2,5	3,7	2,9	1,9	-0,7	0,6	2,5	1,8	4,8	5,1	4,3	4,2
Norwegen	0,5	-0,7	3,9	2,9	2,6	1,3	3,5	5,0	3,5	4,6	4,4	4,2	4,0
Russland	2,0	-2,7	4,7	-6,6	-2,6	3,4	6,7	18,0	12,0				
Türkei	1,0	1,8	11,0	4,5	2,3	12,3	19,6	70,0	25,0				
Amerika	34,7	-4,0	5,7	2,4	2,0								
USA	27,7	-3,4	5,7	2,3	2,0	1,2	4,7	8,0	3,9	8,1	5,4	3,6	3,7
Kanada	2,2	-5,2	4,6	3,4	2,6	0,7	3,4	6,5	3,5	9,6	7,4	5,7	5,3
Lateinamerika ³	4,8	-6,6	6,7	2,4	2,0								
Asien	36,9	-0,7	6,3	3,7	4,5								
Japan	6,7	-4,5	1,6	1,7	2,2	0,0	-0,3	2,0	1,5	2,8	2,8	2,6	2,5
China ohne Hongkong	19,7	2,2	8,1	3,5	5,0								
Südkorea	2,2	-0,9	4,0	2,6	2,5	0,5	2,5	4,5	3,5	3,9	3,7	3,4	3,2
Indien	3,5	-6,6	8,9	8,4	6,8								
Ostasien ohne China ⁴	4,8	-3,3	4,6	4,5	4,7								
Insgesamt ⁵	100,0	-3,2	5,9	2,9	2,8								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	66,0	-4,5	5,1	2,5	2,0	0,8	3,2	6,8	3,6	6,5	5,6	4,5	4,3
Schwellenländer ⁷	34,0	-0,8	7,4	3,5	4,3								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewichtet ⁸	–	-4,4	5,9	3,1	2,3								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	–	-3,1	6,2	3,2	3,1								
Welthandel ¹⁰	–	-5,2	10,2	3,3	2,9								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2020.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2020 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; 2022 bis 2023: Prognose des IWH.

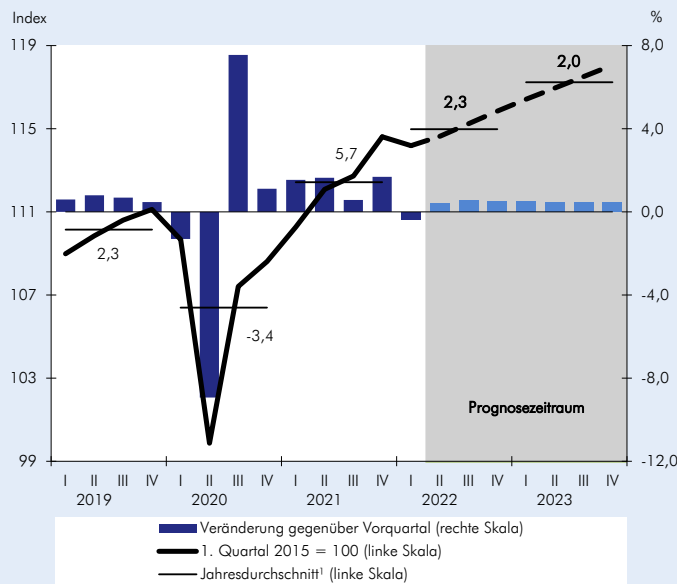
Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	-3,4	5,7	2,3	2,0
privater Konsum	-3,8	7,9	3,2	1,9
Staatskonsum und -investitionen	2,5	0,5	-0,8	1,3
private Anlageinvestitionen	-2,7	7,8	3,5	3,1
Vorratsveränderungen ¹	-0,5	0,4	0,8	0,1
inländische Verwendung	-3,0	6,9	4,1	2,4
Exporte	-13,6	4,5	4,4	4,1
Importe	-8,9	14,0	10,8	4,3
Außenbeitrag ¹	-0,3	-1,4	-1,8	-0,4
Verbraucherpreise	1,2	4,7	8,0	3,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-14,5	-10,2	-5,9	-5,2
Leistungsbilanzsaldo	-2,9	-3,6	-3,0	-3,4
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	8,1	5,4	3,6	3,7

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

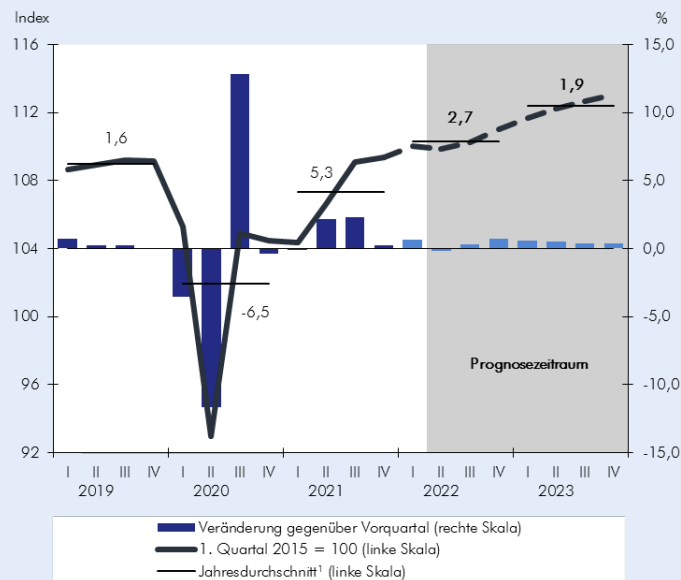
Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	-6,3	5,3	2,7	1,9
privater Konsum	-7,9	3,6	3,1	2,3
öffentlicher Konsum	0,9	4,0	1,4	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	-6,9	4,1	2,3	2,1
inländische Verwendung	-6,2	4,3	2,5	2,0
Exporte ¹	-9,2	10,9	4,8	2,9
Importe ¹	-9,1	8,8	4,7	3,0
Außenbeitrag ²	-0,3	1,3	0,3	0,1
Verbraucherpreise ³	0,3	2,6	6,9	3,3
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-7,2	-5,1	-3,5	-2,8
Leistungsbilanzsaldo	1,8	2,4	1,2	1,1
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,9	7,7	6,7	6,4

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland	25,1	-4,9	2,9	1,6	2,2	0,4	3,2	7,2	4,3	3,6	3,6	3,0	2,8
Frankreich	17,2	-7,9	6,8	2,5	1,7	0,5	2,1	5,0	2,4	8,0	7,9	7,2	7,0
Italien	12,4	-9,1	6,6	2,8	1,2	-0,2	2,0	6,1	2,1	9,3	9,6	8,4	8,3
Spanien	8,4	-10,8	5,1	4,5	2,6	-0,3	3,0	7,9	3,6	15,5	14,8	13,0	12,2
Niederlande	6,0	-3,8	5,0	3,0	1,6	1,1	2,8	10,0	3,3	4,9	4,2	3,2	2,8
Belgien	3,4	-5,7	6,2	2,4	1,2	0,4	3,2	9,0	2,7	5,8	6,3	5,6	5,3
Österreich	2,8	-6,8	4,9	3,9	2,0	1,4	2,8	6,7	3,5	6,0	6,2	4,4	4,0
Irland	2,8	5,9	13,4	4,9	2,2	-0,5	2,5	7,0	3,5	5,9	6,3	4,7	4,2
Finnland	1,8	-2,3	3,5	1,7	1,7	0,4	2,1	5,5	2,5	7,7	7,7	6,4	6,3
Portugal	1,5	-8,4	4,9	6,6	1,5	-0,1	0,9	6,6	3,6	7,1	6,6	5,7	5,5
Griechenland	1,2	-8,7	8,0	4,0	2,5	-1,3	0,6	8,0	3,1	17,6	14,8	12,8	12,0
Slowakei	0,7	-4,4	3,0	2,2	3,8	2,0	2,8	10,3	5,8	6,7	6,8	6,2	5,5
Luxemburg	0,5	-1,8	6,9	2,1	2,1	0,0	3,5	7,9	3,2	6,7	5,4	4,2	4,1
Litauen	0,4	0,0	4,9	2,0	2,8	1,1	4,6	15,6	6,2	8,5	7,1	6,2	5,9
Slowenien	0,4	-4,8	8,1	5,2	2,6	-0,3	2,0	7,2	4,3	5,0	4,8	3,9	3,6
Lettland	0,2	-3,8	4,2	3,6	2,7	0,1	3,3	12,1	5,4	8,1	7,6	6,6	6,0
Estland	0,2	-2,6	8,2	1,2	2,7	-0,6	4,5	16,9	5,7	6,9	6,2	5,6	5,0
Zypern	0,2	-5,0	5,5	3,4	3,4	-1,1	2,3	7,9	4,4	7,6	7,5	5,5	5,0
Malta	0,1	-8,2	10,3	3,8	3,5	0,8	0,7	5,4	4,6	4,4	3,5	3,2	3,0
Euroraum insgesamt	85,1	-6,4	5,3	2,7	1,9	0,3	2,6	6,9	3,3	7,9	7,7	6,7	6,4
Euroraum ohne Deutschland	60,0	-7,0	6,4	3,2	1,8	0,2	2,4	6,9	2,9	9,5	8,6	7,5	7,2
Polen	3,9	-2,1	5,8	4,8	2,8	3,7	5,2	10,4	5,2	3,2	3,4	3,1	3,0
Schweden	3,5	-2,3	4,9	1,9	1,6	0,7	2,7	6,2	3,2	8,5	8,8	7,7	7,0
Dänemark	2,3	-2,1	4,7	3,1	1,7	0,3	2,0	6,8	3,1	5,7	5,1	4,3	4,2
Rumänien	1,6	-3,6	5,9	4,3	3,8	2,4	4,1	10,2	4,6	6,1	5,6	5,6	4,5
Tschechien	1,6	-5,8	3,3	2,4	2,8	3,3	3,3	12,1	4,9	2,6	2,8	2,3	2,0
Ungarn	1,0	-4,7	7,1	4,7	3,3	3,4	5,2	9,1	5,4	4,1	4,1	3,3	3,0
Bulgarien	0,5	-4,0	4,0	2,4	3,3	1,2	2,9	10,8	5,2	6,1	5,3	4,1	3,7
Kroatien	0,4	-7,8	9,8	3,0	2,8	0,0	2,7	8,4	3,9	7,7	7,6	6,0	5,5
MOE-Länder ⁴	10,8	-3,6	5,5	3,9	3,0	2,7	4,2	10,7	5,1	4,6	4,5	4,0	3,6
EU 27 ⁵	100,0	-5,9	5,3	2,8	2,0	0,6	2,8	7,2	3,5	7,2	7,0	6,1	5,8

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH-Frühjahrsprognose 2022		IWH-Sommerprognose 2022		Prognosekorrektur für 2022	
	Prognosewerte für 2022		Prognosewerte für 2022		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	3,8	3,6	2,8	2,6	-1,0	-1,0
Privater Konsum	6,4	3,1	3,4	1,7	-3,0	-1,4
Staatlicher Konsum	1,7	0,4	0,3	0,1	-1,4	-0,3
Bauten	0,1	0,0	2,7	0,3	2,6	0,3
Ausrüstungen	2,4	0,2	1,1	0,1	-1,3	-0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	4,1	0,2	1,2	0,0	-2,9	-0,2
Vorratsveränderungen	-	-0,2	-	0,4	-	0,6
Außenbeitrag	-	-0,5	-	-1,1	-	-0,6
Ausfuhr	5,5	2,6	1,4	0,7	-4,1	-1,9
Einfuhr	7,3	-3,1	4,2	-1,8	-3,1	1,3
Bruttoinlandsprodukt	3,1	3,1	1,5	1,5	-1,6	-1,6
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	3,7	-	2,3	-	-1,4	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	3,7	-	2,7	-	-1,0	-
Welthandel	3,4	-	3,3	-	-0,1	-
Verbraucherpreise	4,8	-	7,2	-	2,4	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A6**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2021					2022				2023			
	I	II	III	IV		I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-5,4	3,9	6,3	-1,3	-0,1	0,2	0,3	1,3	0,7	0,2	0,3	0,3	
öffentlicher Konsum	-0,7	4,9	-3,1	0,2	0,1	0,5	0,5	-0,2	-0,3	0,4	0,5	0,5	
Bauten	-0,1	1,6	-3,6	-1,0	4,6	-0,1	0,9	0,8	0,5	0,5	0,4	0,4	
Ausrüstungen	-0,4	0,6	-3,9	0,7	2,5	-2,5	2,0	4,0	3,5	3,0	1,0	1,0	
sonstige Anlagen	-2,6	1,1	0,9	1,3	-2,1	1,0	1,1	1,0	1,0	0,9	0,8	0,8	
Vorratsinvestitionen ²	2,2	-0,9	0,1	0,2	1,2	-0,7	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
inländische Verwendung	-0,8	2,6	1,9	-0,5	1,8	-0,7	0,3	1,1	0,7	0,5	0,4	0,4	
Außenbeitrag ²	-0,9	-0,2	-0,1	0,1	-1,4	0,6	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Exporte	1,8	1,7	-0,6	3,8	-2,1	0,4	0,7	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	
Importe	4,4	2,5	-0,4	4,1	0,9	-0,8	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,2	-0,1	0,2	1,1	0,7	0,5	0,3	0,3	

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben	-2,3	0,8	1,7	1,2
private Konsumausgaben	-3,0	0,2	1,7	1,1
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,7	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	0,2	0,4	1,0
Bauten	0,3	0,0	0,3	0,2
Ausrüstungen	-0,8	0,2	0,1	0,6
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderung	-0,9	1,1	0,4	-0,2
inländische Verwendung	-3,7	2,1	2,6	2,0
Außenbeitrag	-0,8	0,7	-1,1	0,1
Exporte	-4,3	4,2	0,7	1,5
Importe	3,5	-3,4	-1,8	-1,4
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	2,9	1,5	2,0

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
statistischer Überhang ¹	0,0	2,2	1,1	0,9
Jahresverlaufsrate ²	-2,9	1,8	1,4	1,8
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	-4,9	2,9	1,6	2,2
Kalendereffekt ³	0,4	0,0	-0,1	-0,2
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	-4,6	2,9	1,5	2,0

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A9**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2021 und 2022**

	2021	2022 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	40 989	41 617	628	1,5
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 899	34 472	573	1,7
Geförderte ²	118	124	6	5,0
nicht geförderte	33 781	34 348	567	1,7
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 100	4 098	-2	-0,1
sonstige	2 990	3 050	59	2,0
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 929	3 913	-16	-0,4
geförderte Selbstständigkeit	9	8	-1	-10,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 920	3 905	-15	-0,4
Erwerbstätige (Inland)	44 918	45 530	612	1,4
staatlich subventionierte Erwerbstätige	1 976	531	-1 445	-73,1
geförderte Erwerbstätige ³	127	132	5	3,9
Kurzarbeit	1 849	399	-1 450	-78,4
ungeförderte Erwerbstätigkeit	42 942	44 999	2 057	4,8
<i>nachrichtlich:</i>				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen (Inland) in %	4,4	1,2		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A10**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	-9,3	9,6	1,4	3,0
Importe, real	-8,6	9,1	4,2	3,1
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	43,4	47,3	49,4	50,9
Importe, nominal	37,7	42,0	46,4	47,3
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	192,8	192,4	114,3	142,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023
Anlageinvestitionen insgesamt	-2,2	1,1	1,9	4,2
Bauinvestitionen insgesamt	2,5	0,0	2,7	1,7
Wohnbauten	3,4	0,7	3,4	1,9
Nichtwohnbauten insgesamt	1,1	-1,0	1,4	1,3
gewerbliche Bauten	-0,7	-0,1	-0,7	1,2
öffentliche Bauten	4,9	-3,0	6,1	1,3
Ausrüstungen	-11,2	3,3	1,1	9,5
Sonstige Anlagen	1,0	0,7	1,2	3,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023
verfügbares Einkommen, nominal	0,8	2,1	4,9	4,7
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	-0,1	4,3	7,3	3,8
monetäre Sozialleistungen	8,1	2,0	1,6	4,3
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-6,5	1,3	5,7	7,1
Sparen	49,6	-4,7	-24,3	-8,6
private Konsumausgaben, nominal	-5,3	3,4	10,0	6,2
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	-0,7	3,8	6,6	4,9
Sparquote (in %)	16,1	15,0	10,8	9,5
Preisindex des privaten Konsums	0,6	3,1	6,4	4,0
private Konsumausgaben, real	-5,9	0,3	3,4	2,1

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

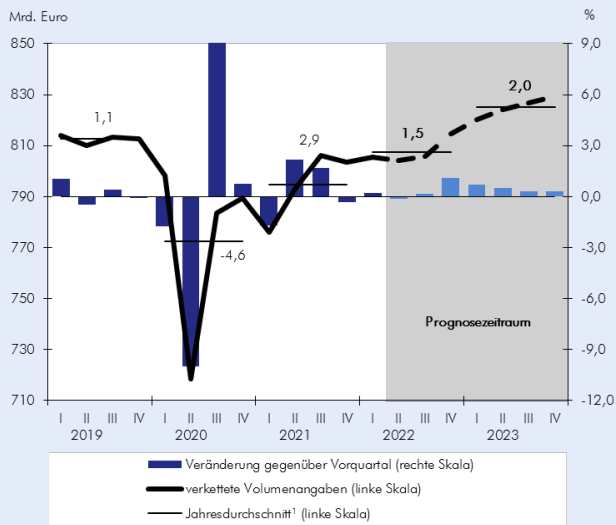
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,2	-0,1	0,2	1,1
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	-0,9	1,6	2,3	-1,3	0,7	-0,3	0,4	1,1
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,8	-0,8	-1,1	1,1	-0,4	-2,0	-0,5	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	-0,5	-1,1	-1,2	1,1	-0,1	-2,2	-0,6	1,5
Energie- und Wasserversorgung	-2,7	1,1	-0,7	1,4	-1,6	-0,6	-0,2	1,0
Baugewerbe	-4,8	2,1	-3,0	-2,1	4,5	-1,6	0,4	0,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,4	2,1	6,0	-0,8	0,9	1,1	1,4	0,2
Information und Kommunikation	-0,3	0,4	1,2	1,7	0,5	0,1	0,2	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,1	1,2	1,5	-1,0	1,8	0,3	0,3	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	-0,3	1,1	-0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	-0,2	4,2	3,7	-0,8	0,2	-0,6	-0,1	2,4
öffentliche Dienstleister	-0,4	4,4	3,1	-4,2	1,1	0,3	0,5	1,4
sonstige Dienstleister	2,8	0,1	13,8	-10,4	6,2	2,0	3,0	2,0

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

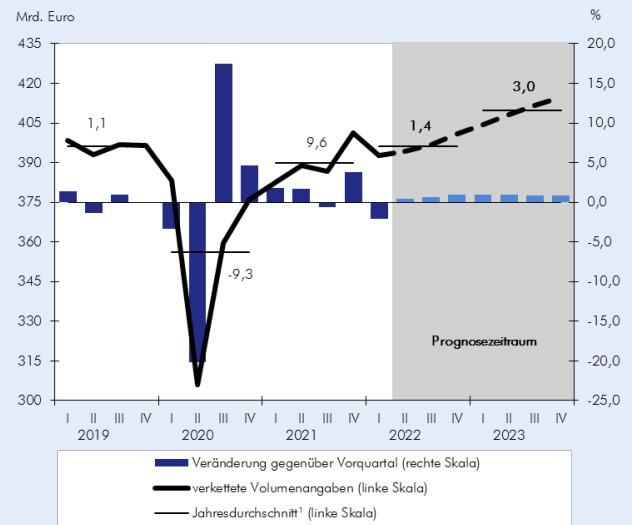
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



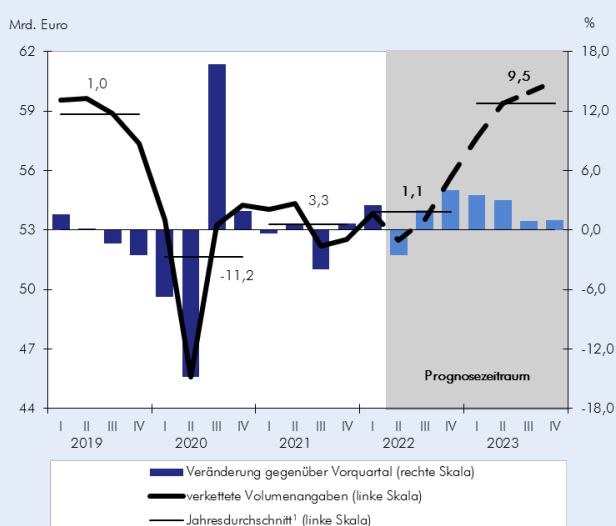
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A4
Reale Exporte
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



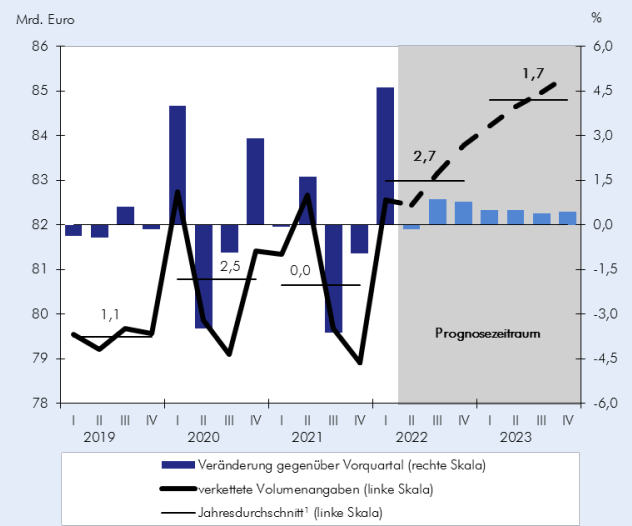
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A5
Reale Investitionen in Ausrüstungen
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



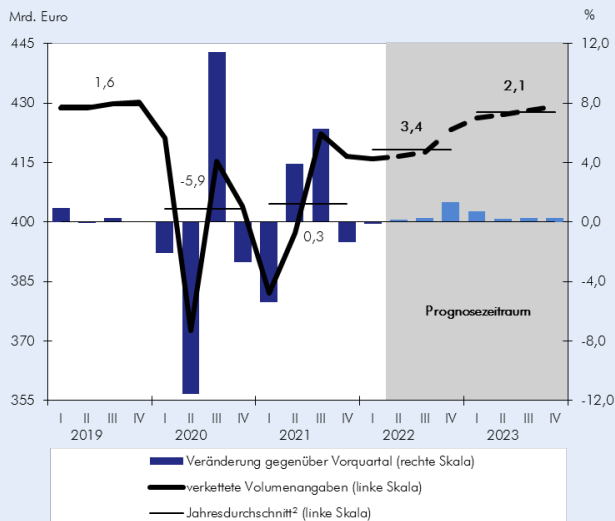
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A6
Reale Bauinvestitionen
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

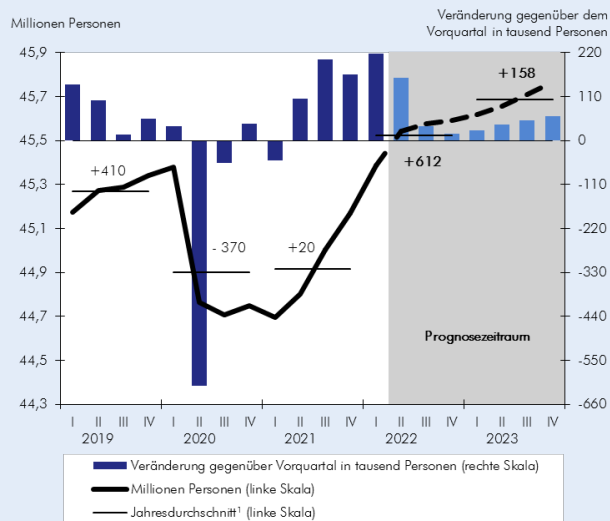
Abbildung A7
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A8
Erwerbstagige
 Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

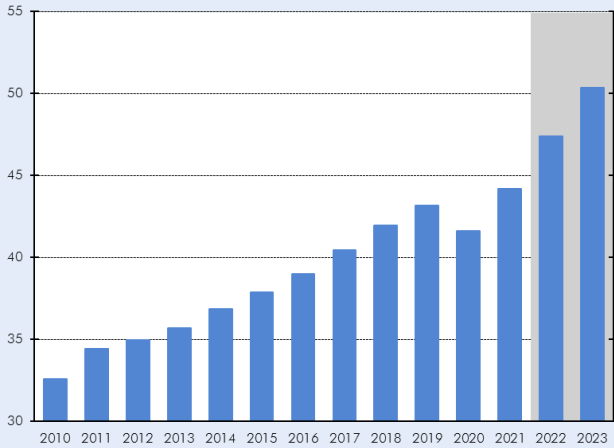


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Ausgewählte Indikatoren zur Messung von Wohlfahrt¹⁰

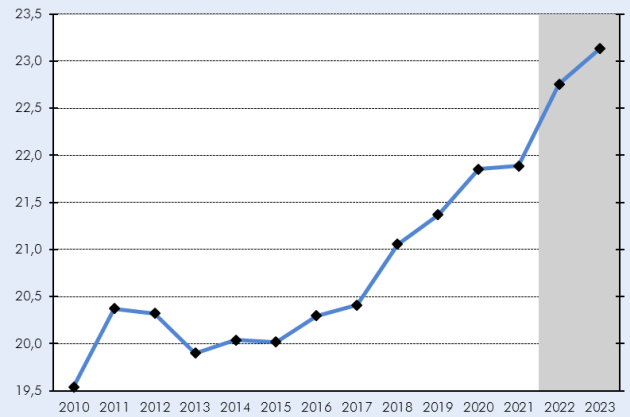
Abbildung A9
Bruttonationaleinkommen¹ je Einwohner
 Tausend Euro, in jeweiligen Preisen



¹ Summe der von allen Inländern erwirtschafteten BWS zzgl. aller Gütersteuern (abzgl. Gütersubventionen), zzgl. Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH.

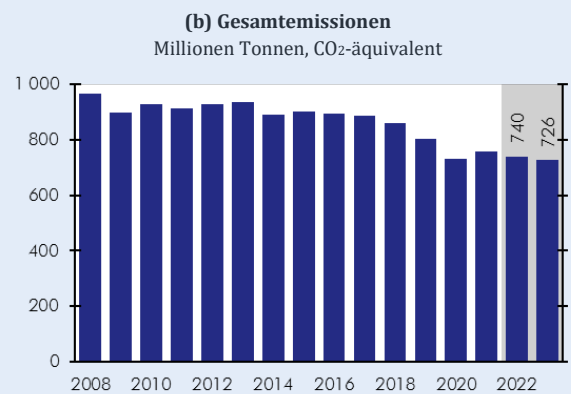
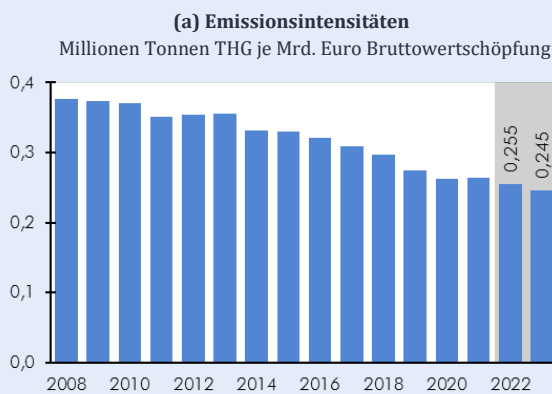
Abbildung A10
Bruttoanlageinvestitionen¹
 Anteil am BIP in %, in jeweiligen Preisen



¹ Bruttoanlageinvestitionen bezeichnen den Wert jener Anlagen, welche von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Sie setzen sich zusammen aus Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A11
Jährliche Treibhausgas-Emissionsprognosen 2008 bis 2023



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

¹⁰ Vgl. *Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2022*, 80 ff.

Tabelle A14

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	-1,6	-1,5
Anhebung der Pendlerpauschale zum 1. Januar 2022	-0,3	0,0
Weitere Erhöhung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2022	-4,5	-0,4
Erhöhung des Sparerfreibetrags zum 1. Januar 2023		-0,4
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	-1,4	-0,7
Änderungen bei der Rentenbesteuerung zum 1. Januar 2023		-2,5
Energiepreispauschale	-10,0	10,0
Temporäre Senkung der Energiesteuer	-3,2	3,2
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie	-1,1	2,9
Anhebung des Grundfreibetrags zum 1. Januar 2023		-8,0
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Änderungen bei der Tabaksteuer	1,8	0,6
Zweites Familienentlastungsgesetz	-5,2	-0,9
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	-0,9	-0,2
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	-3,8	0,8
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	0,3	0,3
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	-0,3	-0,1
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	1,6	1,5
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	-0,4	0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2023 um 0,5 Prozentpunkte		6,0
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2022	0,3	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023		2,5
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2022	-0,3	0,0
Erhöhung der Minijobgrenze zum 1. Oktober 2022	-0,2	-0,6
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ³	-3,2	-0,6
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	-2,5	-7,0
Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022	-6,6	-5,9
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	-1,0	-1,0
Energiekostenzuschuss für Unternehmen	-5,0	5,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-4,0	-9,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,5	-0,5
Heizkostenzuschuss für Geringverdiener	-1,0	1,0
Einmalige Zuschüsse für Familien und Wohngeldempfänger	-2,1	2,1
9-Euro-Ticket	-2,7	2,7
Änderungen beim BAföG	-0,2	-0,6
Aufbauhilfefonds 2021	-4,0	-2,0
Pflegebonus 2022	-1,0	1,0
Teilhabechancengesetz	0,2	0,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,1	0,0
Kostenrechtsänderungsgesetz		-0,2
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	-0,5	-0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen		
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ⁴	-0,5	-0,3
Wiedereinführung des Nachholfaktors in der gesetzlichen Rentenversicherung	2,0	0,0
Grundrente	-1,8	0,8
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,2	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,1	-0,1
Pflegereform	-1,2	-0,7
Konjunktur- und Zukunftspaket	26,7	23,1
Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie	37,1	35,4
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	-1,4	55,2
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,0	1,4

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuerergesetz. – ³ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – ⁴ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2021
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 226,3	2 183,6	374,8	667,9	–
2	– Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 532,1	1 780,3	287,5	464,3	–192,4
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 917,9	1 381,8	294,0	242,1	16,2
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,1	24,9	0,4	9,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	92,9	64,7	0,1	28,1	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	672,0	438,2	–6,8	240,6	–208,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 921,4	–	–	1 921,4	12,7
9	– geleistete Subventionen	109,8	–	109,8	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	393,6	–	393,6	–	7,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	574,9	535,4	21,8	17,7	190,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	681,4	355,0	15,4	310,9	84,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 983,6	257,8	270,5	2 455,2	–299,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	473,4	109,7	–	363,7	12,1
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	484,9	–	484,9	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	773,8	–	–	773,8	4,2
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	774,7	140,6	633,3	0,9	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	679,9	71,8	607,2	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	672,1	–	–	672,1	8,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	381,9	203,2	90,2	88,4	59,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	326,2	179,9	30,0	116,3	115,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	–248,6
23	– Konsumausgaben	2 566,9	–	800,3	1 766,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
25	= Sparen	365,7	132,8	–78,9	311,8	–248,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	107,7	23,2	68,6	15,9	8,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	98,9	49,4	20,3	29,2	16,9
28	– Bruttoinvestitionen	811,4	471,2	92,1	248,1	–
29	+ Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,2	0,7	–1,2	0,7	–0,2
31	= Finanzierungssaldo	239,6	90,5	–130,8	279,9	–239,6
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	–248,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	514,7	–	514,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	514,7	–	–	514,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 932,6	193,6	206,6	2 532,4	–248,6
36	– Konsum ³	2 566,9	–	285,5	2 281,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
38	= Sparen	365,7	132,8	–78,9	311,8	–248,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2022
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 433,9	2 312,7	393,7	727,5	–
2	– Abschreibungen	751,7	437,9	96,0	217,7	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 682,2	1 874,8	297,6	509,8	–114,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 040,4	1 476,6	304,1	259,7	18,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,7	25,1	0,4	10,2	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	54,1	42,7	0,2	11,3	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	660,2	415,7	–6,7	251,2	–132,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 044,1	–	–	2 044,1	14,4
9	– geleistete Subventionen	67,3	–	67,3	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	416,6	–	416,6	–	7,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	593,5	554,3	21,9	17,3	218,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	732,4	387,0	15,3	330,1	79,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 192,5	248,4	336,0	2 608,1	–254,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	480,1	106,5	–	373,6	12,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	492,2	–	492,2	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	812,7	–	–	812,7	4,5
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	813,9	146,1	666,9	0,9	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	691,0	73,0	617,1	0,9	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	683,1	–	–	683,1	8,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	388,0	192,0	91,5	104,5	60,2
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	325,0	180,9	27,3	116,8	123,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 135,0	203,9	813,8	2 117,3	–196,6
23	– Konsumausgaben	2 785,2	–	842,4	1 942,8	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,4	–	61,4	–
25	= Sparen	349,8	142,5	–28,6	235,9	–196,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	93,0	20,1	55,1	17,8	16,5
27	+ empfangene Vermögenstransfers	85,9	31,0	22,5	32,5	23,5
28	– Bruttoinvestitionen	904,9	512,3	103,3	289,3	–
29	+ Abschreibungen	751,7	437,9	96,0	217,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	2,1	2,5	–1,3	0,8	–2,1
31	= Finanzierungssaldo	187,5	76,5	–67,2	178,2	–187,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 135,0	203,9	813,8	2 117,3	–196,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	543,5	–	543,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	543,5	–	–	543,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 135,0	203,9	270,3	2 660,8	–196,6
36	– Konsum ³	2 785,2	–	298,9	2 486,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,4	–	61,4	–
38	= Sparen	349,8	142,5	–28,6	235,9	–196,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellsch aften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 650,3	2 453,6	413,3	783,4	–
2	– Abschreibungen	809,1	473,8	102,5	232,9	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 841,2	1 979,8	310,9	550,5	–142,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 147,2	1 556,6	316,9	273,7	19,9
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,4	27,0	0,4	11,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	38,3	33,4	0,2	4,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	693,9	429,6	–6,4	270,6	–162,8
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 150,8	–	–	2 150,8	16,3
9	– geleistete Subventionen	49,9	–	49,9	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	440,4	–	440,4	–	7,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	599,4	559,3	22,5	17,7	251,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	746,9	377,6	18,0	351,3	103,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 382,8	248,0	379,7	2 755,1	–291,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	504,7	108,3	–	396,5	13,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	517,4	–	517,4	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	862,7	–	–	862,7	4,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	864,1	151,9	711,2	0,9	3,4
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	720,7	74,1	645,8	0,9	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	712,8	–	–	712,8	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	396,2	184,4	96,1	115,6	60,7
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	334,8	182,0	30,1	122,8	122,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 327,5	215,1	896,5	2 215,9	–235,9
23	– Konsumausgaben	2 936,4	–	874,0	2 062,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
25	= Sparen	391,2	153,1	22,5	215,6	–235,9
26	– geleistete Vermögenstransfers	96,1	21,9	57,2	17,0	35,5
27	+ empfangene Vermögenstransfers	88,7	33,1	22,1	33,5	42,8
28	– Bruttoinvestitionen	964,4	540,5	114,4	309,5	–
29	+ Abschreibungen	809,1	473,8	102,5	232,9	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	2,1	2,4	–1,3	1,0	–2,1
31	= Finanzierungssaldo	226,5	95,2	–23,2	154,5	–226,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 327,5	215,1	896,5	2 215,9	–235,9
33	– geleistete soziale Sachtransfers	558,8	–	558,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	558,8	–	–	558,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 327,5	215,1	337,6	2 774,8	–235,9
36	– Konsum ³	2 936,4	–	315,1	2 621,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
38	= Sparen	391,2	153,1	22,5	215,6	–235,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A16

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	1,4	0,3	1,6	1,1	0,4	0,3
Arbeitsvolumen	1,7	0,8	1,0	2,7	-1,0	1,1	0,8
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	1,7	-0,6	0,6	1,0	-2,1	0,7	0,5
Produktivität ¹	1,1	0,7	1,1	0,1	1,3	1,1	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	1,5	2,0	2,8	0,3	2,2	1,9
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 566,9	2 785,2	2 936,4	1 349,5	1 435,7	1 434,7	1 501,7
private Haushalte ²	1 766,6	1 942,8	2 062,4	940,9	1 002,0	1 010,5	1 051,9
Staat	800,3	842,4	874,0	408,7	433,7	424,2	449,8
Anlageinvestitionen	781,5	865,8	935,5	409,1	456,7	450,2	485,3
Ausrüstungen	411,6	476,1	507,5	226,6	249,5	247,6	259,9
Bauten	228,4	242,6	272,7	113,1	129,5	128,9	143,8
Ausrüstungen	141,5	147,2	155,3	69,4	77,7	73,7	81,6
Vorratsveränderung ³	29,9	39,1	28,9	23,7	15,4	17,0	12,0
inländische Verwendung	3 378,3	3 690,1	3 900,8	1 782,3	1 907,8	1 901,9	1 998,9
Außenbeitrag	192,4	114,3	142,8	65,1	49,3	82,6	60,3
Exporte	1 690,6	1 880,8	2 057,2	922,2	958,6	1 008,9	1 048,3
Importe	1 498,2	1 766,5	1 914,3	857,2	909,3	926,3	988,0
Bruttoinlandsprodukt	3 570,6	3 804,4	4 043,6	1 847,4	1 957,1	1 984,4	2 059,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	4,2	8,5	5,4	10,9	6,3	6,3	4,6
private Haushalte ²	3,4	10,0	6,2	13,4	6,9	7,4	5,0
Staat	6,1	5,3	3,8	5,5	5,0	3,8	3,7
Anlageinvestitionen	6,2	10,8	8,0	9,6	11,8	10,0	6,3
Bauten	8,3	15,7	6,6	15,4	15,9	9,3	4,2
Ausrüstungen	5,3	6,2	12,4	2,9	9,3	14,0	11,0
sonstige Anlageinvestitionen	1,9	4,0	5,5	3,7	4,3	6,1	5,0
Inländische Verwendung	6,4	9,2	5,7	11,3	7,3	6,7	4,8
Exporte	15,6	11,3	9,4	13,5	9,2	9,4	9,4
Importe	18,0	17,9	8,4	22,7	13,7	8,1	8,7
Bruttoinlandsprodukt	6,0	6,5	6,3	7,7	5,5	7,4	5,2
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	5,4	3,0	3,5	3,5	2,5	4,2	2,9
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 320,7	2 377,0	2 416,1	1 168,0	1 209,0	1 189,9	1 226,2
private Haushalte ²	1 620,4	1 675,2	1 710,6	822,0	853,2	842,8	867,7
Staat	698,5	700,7	704,8	345,4	355,4	346,7	358,1
Anlageinvestitionen	671,9	685,0	714,0	329,0	356,0	344,9	369,1
Bauten	324,7	333,3	338,9	162,4	171,0	166,2	172,8
Ausrüstungen	214,8	217,1	237,8	102,2	114,8	112,6	125,2
sonstige Anlageinvestitionen	131,2	132,8	137,8	63,1	69,7	65,7	72,1
inländische Verwendung	3 008,3	3 091,3	3 153,5	1 519,7	1 571,6	1 550,6	1 603,0
Exporte	1 569,1	1 590,8	1 638,8	791,2	799,7	817,3	821,5
Importe	1 394,5	1 452,9	1 497,4	712,3	740,6	734,7	762,7
Bruttoinlandsprodukt	3 186,3	3 234,4	3 299,7	1 600,7	1 633,7	1 635,6	1 664,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	2,4	1,6	4,6	0,4	1,9	1,4
private Haushalte ²	0,3	3,4	2,1	7,0	0,1	2,5	1,7
Staat	2,9	0,3	0,6	-0,4	1,1	0,4	0,8
Anlageinvestitionen	1,1	1,9	4,2	0,3	3,5	4,8	3,7
Bauten	0,0	2,7	1,7	0,9	4,4	2,3	1,0
Ausrüstungen	3,3	1,1	9,5	-1,6	3,5	10,1	9,0
sonstige Anlageinvestitionen	0,7	1,2	3,8	1,2	1,2	4,1	3,5
Inländische Verwendung	2,3	2,8	2,0	4,2	1,4	2,0	2,0
Exporte	9,6	1,4	3,0	2,1	0,7	3,3	2,7
Importe	9,1	4,2	3,1	5,4	3,1	3,1	3,0
Bruttoinlandsprodukt	2,9	1,5	2,0	2,8	0,3	2,2	1,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	3,1	6,4	4,0	6,0	6,8	4,7	3,2
Konsumausgaben des Staates	3,0	4,9	3,2	6,0	3,9	3,4	2,9
Anlageinvestitionen	5,0	8,7	3,6	9,3	8,0	5,0	2,5
Bauten	8,3	12,7	4,9	14,4	10,9	6,8	3,1
Ausrüstungen	1,9	5,1	2,6	4,6	5,5	3,5	1,8
Exporte	5,5	9,7	6,2	11,2	8,4	5,9	6,5
Importe	8,2	13,2	5,1	16,4	10,4	4,8	5,5
Bruttoinlandsprodukt	3,0	5,0	4,2	4,9	5,1	5,1	3,3

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 455,2	2 608,1	2 755,1	1 276,2	1 331,9	1 350,8	1 404,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,4	367,8	392,1	177,0	190,8	191,4	200,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 572,0	1 676,3	1 758,8	791,8	884,5	842,1	916,6
übrige Primäreinkommen ⁴	533,8	564,0	604,3	307,4	256,6	317,3	287,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	528,4	584,4	627,7	253,0	331,4	291,5	336,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 983,6	3 192,5	3 382,8	1 529,2	1 663,2	1 642,2	1 740,6
Abschreibungen	694,2	751,7	809,1	369,8	381,9	397,9	411,2
Bruttonationaleinkommen	3 677,8	3 944,2	4 191,9	1 899,1	2 045,1	2 040,1	2 151,8
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 699,9	2 843,2	2 992,3	1 361,7	1 481,5	1 452,4	1 539,9
Arbeitnehmerentgelt	1 921,4	2 044,1	2 150,8	968,8	1 075,3	1 033,5	1 117,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	778,5	799,1	841,5	393,0	406,1	418,9	422,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,2	6,2	5,6	7,6	5,0	5,8	5,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	5,3	6,6	4,7	5,9	8,1	5,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	6,6	4,9	7,1	6,2	6,4	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,6	5,1	4,5	5,2	5,0	5,9	3,2
übrige Primäreinkommen ⁴	1,3	5,7	7,1	10,5	0,4	3,2	11,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	24,7	10,6	7,4	9,9	11,1	15,2	1,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,4	7,0	6,0	7,9	6,2	7,4	4,6
Abschreibungen	5,4	8,3	7,6	8,8	7,7	7,6	7,7
Bruttonationaleinkommen	6,3	7,2	6,3	8,1	6,5	7,4	5,2
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	6,8	5,3	5,2	6,0	4,7	6,7	3,9
Arbeitnehmerentgelt	3,7	6,4	5,2	6,7	6,1	6,7	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,1	2,6	5,3	4,4	1,0	6,6	4,0

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 594,5	1 680,0	1 746,1	798,4	881,6	842,4	903,7
Nettolöhne und -gehälter	1 065,3	1 143,1	1 186,1	533,6	609,5	565,8	620,3
monetäre Sozialleistungen	672,1	683,1	712,8	336,0	347,1	351,0	361,8
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,0	146,3	152,8	71,2	75,1	74,4	78,3
übrige Primäreinkommen ⁴	533,8	564,0	604,3	307,4	256,6	317,3	287,0
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-110,6	-126,7	-134,4	-61,5	-65,2	-66,5	-67,9
Verfügbares Einkommen	2 017,7	2 117,3	2 215,9	1 044,4	1 073,0	1 093,1	1 122,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,4	62,1	29,8	31,6	30,2	31,9
Konsumausgaben	1 766,6	1 942,8	2 062,4	940,9	1 002,0	1 010,5	1 051,9
Sparen	311,8	235,9	215,6	133,3	102,6	112,7	102,9
Sparquote (%) ⁶	15,0	10,8	9,5	12,4	9,3	10,0	8,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,5	5,4	3,9	4,2	6,5	5,5	2,5
Nettolöhne und -gehälter	4,3	7,3	3,8	7,5	7,1	6,0	1,8
monetäre Sozialleistungen	2,0	1,6	4,3	-1,7	5,0	4,5	4,2
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,9	2,3	4,4	-0,4	5,1	4,5	4,3
übrige Primäreinkommen ⁴	1,3	5,7	7,1	10,5	0,4	3,2	11,9
Verfügbares Einkommen	2,1	4,9	4,7	4,8	5,1	4,7	4,6
Konsumausgaben	3,4	10,0	6,2	13,4	6,9	7,4	5,0
Sparen	-4,7	-24,3	-8,6	-32,2	-10,8	-15,4	0,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	878,4	908,8	957,8	434,1	474,7	454,4	503,4
Nettosozialbeiträge	633,3	666,9	711,2	321,6	345,3	347,7	363,5
Vermögenseinkommen	15,4	15,3	18,0	8,2	7,2	10,7	7,2
sonstige Transfers	30,0	27,3	30,1	12,0	15,3	13,4	16,7
Vermögenstransfers	20,3	22,5	22,1	9,9	12,5	9,2	12,9
Verkäufe	133,5	138,0	142,8	63,3	74,8	65,4	77,3
sonstige Subventionen	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 711,1	1 779,0	1 882,0	849,2	929,8	900,9	981,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	559,4	587,2	603,8	280,4	306,8	288,4	315,5
Arbeitnehmerentgelt	294,0	304,1	316,9	147,7	156,4	153,8	163,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,8	21,9	22,5	11,2	10,7	11,4	11,0
Subventionen	109,8	67,3	49,9	34,5	32,8	23,3	26,6
monetäre Sozialleistungen	607,2	617,1	645,8	303,2	313,9	317,6	328,2
sonstige laufende Transfers	90,2	91,5	96,1	43,2	48,3	45,4	50,8
Vermögenstransfers	68,6	55,1	57,2	21,2	33,9	21,0	36,1
Bruttoinvestitionen	92,1	103,3	114,4	43,1	60,2	47,0	67,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,3	-1,3	-0,7	-0,6	-0,7	-0,6
Insgesamt	1 841,9	1 846,2	1 905,3	883,8	962,4	907,2	998,1
Finanzierungssaldo	-130,8	-67,2	-23,2	-34,6	-32,6	-6,3	-16,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	13,6	3,5	5,4	4,5	2,5	4,7	6,1
Nettosozialbeiträge	4,2	5,3	6,7	5,2	5,4	8,1	5,3
Vermögenseinkommen	-22,0	-0,6	17,2	-1,5	0,5	31,6	0,9
sonstige Transfers	23,8	-9,0	10,0	-19,1	1,0	11,2	9,1
Vermögenstransfers	30,9	10,6	-1,8	17,7	5,5	-7,9	3,1
Verkäufe	6,1	3,4	3,4	3,6	3,2	3,5	3,4
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,2	4,0	5,8	4,3	3,6	6,1	5,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	7,5	5,0	2,8	4,7	5,2	2,8	2,8
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,4	4,2	4,5	2,4	4,1	4,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	4,0	0,4	2,6	0,0	0,9	2,0	3,3
Subventionen	54,2	-38,7	-25,9	-38,4	-39,1	-32,5	-19,0
monetäre Sozialleistungen	2,0	1,6	4,6	-2,0	5,4	4,7	4,5
sonstige laufende Transfers	9,3	1,4	5,1	0,2	2,5	5,0	5,1
Vermögenstransfers	43,1	-19,7	3,7	2,2	-29,2	-0,9	6,6
Bruttoinvestitionen	1,3	12,1	10,8	9,1	14,4	9,2	11,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,6	0,2	3,2	-0,5	0,9	2,6	3,7
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP: Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-1,8	-0,6	-1,9	-1,7	-0,3	-0,8

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2022: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © KWON JUNHO @juno1412, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 10. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.06.2022

ISSN 2195-8319